

18. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der CDU-Fraktion

### **Perspektiven für den Kulturstandort Berlin in der Corona-Pandemie: 60 Mio. EUR Institutionelle Kulturförderung jetzt bereitstellen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine für das Jahr 2021 befristete institutionelle Kulturförderung einzurichten, um die Belastungen für den Kulturstandort Berlin durch die Corona-Pandemie zu reduzieren. Die institutionelle Kulturförderung in Höhe von insgesamt 60 Mio. Euro soll Kultur- und Veranstaltungsstätten, Clubs und Schaustellern zur Verfügung stehen.

---

### ***Begründung:***

Berlins Kulturstandorte sind für die Attraktivität der Stadt für Berliner und Touristen entscheidend. Gleichzeitig leiden sie besonders unter den Schließungen zum Schutz der Bevölkerung vor der Corona-Pandemie. Daher ist jetzt eine institutionelle Kulturförderung aufzulegen, die zum einen den Erhalt der Kultur und Clubszene während des Lockdowns sichert und zum anderen Starthilfe für neue Veranstaltungen nach dem Ende der Schließungen ermöglicht und dadurch Planungssicherheit für Kultur- und Veranstaltungsorte sowie Clubs bietet. Diese Förderung ist als Zuwendung ohne Liquiditätsprüfung zu zahlen, damit auch Unterstützung möglich ist, wenn Zuwendungsempfänger wieder in niedrigem Umfang durch eigene kreative Angebote Umsätze generieren.

Bereits mit Beschluss des 1. Nachtragshaushalt 2020 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus 500 Mio. Euro Mehrausgaben bereitgestellt, damit Berlins wichtigsten Branchen in der Corona-Krise schnell und unbürokratisch geholfen wird. Doch von diesen Finanzmitteln hatte der Senat

zum Jahresende 2020 über 330 Mio. Euro nicht verausgabt (siehe Rote Nummer 3385). Mit unpassenden Konzeptualisierungen und bürokratischen Hemmnissen hat der Senat verhindert, dass vorhandene Finanzmittel nicht bei denjenigen ankamen, die sie dringend benötigen. Die Finanzierung der Institutionellen Kulturförderung soll daher aus den bisher nicht verausgabten Mitteln des 500- Mio. Euro-Pakets erfolgen.

Berlin, 9. März 2021

Dregger Goiny Dr. Juhnke  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU